

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag

4. Juni 1925

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dietrichs-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Die Gärung in China.

### 61 Tote in Shanghai. — Kundgebungen in Peking.

London, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Streit in Shanghai nimmt an Ausdehnung zu. Bisher sind 21 Streikende getötet worden, 65 wurden verwundet. Die Aufständigen sind in die Westvorstadt zurückgedrängt worden, wo der Hauptherd der Unruhen sich befindet.

London, 4. Juni. (II.) Aus Shanghai wird gemeldet: In den Außenbezirken der Stadt sind zahlreiche Ausländer von Chinesen mißhandelt worden, jedoch sind hier keine Todesfälle vorgekommen. Die Streikunruhen haben bis jetzt 61 Tote und mehrere hundert Verletzte gefordert. In der Umgegend von Kanton werden bedeutende Truppenzusammenziehungen vorgenommen. Es wird ein terroristischer Handstreich befürchtet.

Nach in Peking kam es zu großen Kundgebungen gegen die Ausländer.

Die Unruhen in Shanghai sind nur ein Abschnitt aus dem ungeheuren Gärungsprozeß, den die Völker Asiens seit Kriegsende durchmachen. Eine seltsame Mischung von erwachendem Nationalgefühl und Klassenbewußtsein. Unter Führung einer kleinen Schicht von Intellektuellen, den sogenannten Studenten, die auf die große, leidende, aber — im Gegensatz zur japanischen Arbeiterklasse — kulturell sehr rückständige Masse einen ungeheuren Einfluß besitzen, versucht das chinesische Proletariat das Joch seiner kapitalistischen Ausbeutung abzuschütteln. Diese Ausbeuter sind aber in erster Linie ausländische Unternehmer, die, objektiv gesehen, einen wesentlichen Anteil an der wirtschaftlichen und kulturellen Hebung des Fernen Ostens beanspruchen können. Sie besitzen daher nach der europäischen kapitalistischen Auffassung gewissermaßen „wohlerworbene Rechte“, auf die sie nicht leichten Herzens verzichten werden. Vielmehr dürften sie um so mehr auf die Unterstützung ihrer Regierungen rechnen können, als ja nach dem Vorergriff China sich verpflichten mußte, den Ausländern bestimmte Rechte zu gewähren. Ebenso wie in Peking und in anderen großen chinesischen Städten gibt es in Shanghai gewisse Viertel, die für die englische, die amerikanische, die französische, die japanische und die sonstigen Fremdenkolonien reserviert sind, und es ist den Mächten ausdrücklich gestattet, im Falle der Bedrohung ihrer Staatsangehörigen eigene Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Das ist ein Zustand, der naturgemäß mit der Zeit, und je mehr das chinesische Volk in seinem Nationalbewußtsein erwacht, unhaltbar wird. Andererseits bleibt die Frage offen, ob man den Schutz der Fremden schon jetzt den chinesischen Behörden vorbehaltlos anvertrauen kann. Nach den Ereignissen des letzten Jahres, die sich als ein Gemisch von Bürgerkrieg und Räuberunruhen darstellen, läßt sich diese Frage kaum bejahen. Ebenfalls wenig läßt sich eine Lösung des Problems in der Form empfehlen, daß die ausländischen Unternehmer, Kaufleute usw. einfach Hals über Kopf das Feld räumen.

Was hingegen gefordert werden muß, das ist, daß der schrankenlosen Ausbeutung der chinesischen Proletariat durch ausländische Unternehmer ein Riegel vorgeschoben werde, denn die Streiks, die jetzt in Shanghai zu so schweren Unruhen geführt haben, sind in erster Linie ein Ausdruck des Klassenkampfes. Die fremden Mächte werden gut daran tun, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen, d. h. für menschenwürdigeren Verhältnisse zu sorgen, sonst würde ihnen diese Bewegung sehr bald über den Kopf wachsen und, anstatt des notwendigen allmählichen Abbaues der ausländischen Vorrechte würde eine ungeheure Entladung der fremdenfeindlichen Leidenschaften erfolgen, die Tausenden von Europäern und Amerikanern das Leben kosten würde. Einer gewaltigen Auseinandersetzung mit dem chinesischen Volke, das mehrere hundert Millionen Menschen zählt, ist Europa nicht gewachsen. Das Zeitalter des schrankenlos ausbeutenden Imperialismus ist für die weiße Rasse vorüber. Je länger man sich in London und Washington dieser Erkenntnis verschließt, desto mehr werden die konfuse, aber gefährlichen national-bolschewistischen Theorien unter den Völkern Asiens — nicht allein unter den Chinesen — an Anziehungskraft gewinnen.

### Erste Sorgen in London und Tokio.

London, 4. Juni. (W.T.B.) Die Aufmerksamkeit der Blätter konzentriert sich heute auf die Vorgänge in China.

„Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, die Lage in Shanghai werde dort mit ernster Sorge betrachtet. Man betone, daß die Stellung der Studenten in China mit der im Westen nicht zu vergleichen sei. In China hätten sie einen ungeheuren Einfluß in allen politischen Zentren und bildeten eine wirkliche Macht. Seit vielen Monaten sei unter den Studenten die Doktrin „China den Chinesen“ in erneuter Auflage verbreitet worden und die Feindseligkeit gegenüber jeder Art Einmischung, besonders Englands und Japans, sei deutlicher geworden. Man glaube in Japan, daß die direkten Folgen des Ausbruchs von Shanghai schnell vorübergehen könnten, daß aber die Niederschiebung von Studenten in ganz China nachdrücklich ausgebeutet werden werde und daß die Lage große Vorsicht erfordere.

In einem Leitartikel warnt „Daily Telegraph“ die Mächte davor, gegenüber der Lage in China auch nur die geringste Schwäche zu zeigen. Die Wiederherstellung der Ordnung und die Aufrechterhaltung der Gesehe müsse entsprechend den Bestimmungen

der Verträge unbedingt durchgeführt werden. Das Blatt fordert zum Schluß die Einberufung einer Konferenz nach Wiederherstellung der Ordnung, um die Lage in China wieder zu klären.

„Times“ sagt im Leitartikel über die Lage in China, es gereiche den Staatsmännern der nächstinteressierten Mächte nicht zur Ehre, daß sie in der Vergangenheit keine Einigkeit gewahrt haben, die gegenüber China so wesentlich sei. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hebt hervor, daß Japan den Vertrag mit Sowjetrußland nur abschloß, weil es eine Isolation fürchtete und hoffte, daß die englische und amerikanische Diplomatie die Gelegenheit benutzen würde, wenn die Agenten Moskaus Unruhen gegen die Ausländer in China schürten, um Freundschaft und Solidarität mit Japan wiederherzustellen.



Shanghai, der Mittelpunkt des Auslands in China.

Paris, 4. Juni. (W.T.B.) Nach einer Meldung aus Shanghai ist der Panzerkreuzer „Jules Ferry“ vor Shanghai angekommen. Er hat alle notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die französischen Staatsangehörigen aufzunehmen zu können, falls die fremdenfeindliche Bewegung in China weiteren Umfang annehmen sollte.

## Ministerium Pouillet?

### Die Entscheidung der Sozialisten steht noch aus.

Brüssel, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Kultusminister Pouillet hat gestern nachmittag den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen. Er wird versuchen, ein Ministerium zu bilden, das seine erste Pflicht in der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Haushalts erblickt und dessen Programm eine Reihe demokratischer Reformen enthalten wird, für die eine starke Mehrheit im Parlament erwartet werden kann. Pouillet beabsichtigt sein Kabinetts aus Persönlichkeiten aller drei Parteien, also auch der sozialistischen, zusammenzusetzen. Die endgültige Entscheidung der Sozialisten über eine eventuelle Teilnahme an der Regierung wird nicht vor Sonntag fallen, da erst am Sonntagabend der Parteitag zusammentritt. Vandervelde und Wauters haben am Dienstag im Generatrat der Partei erklärt, nicht ohne Zustimmung der Zweidrittelmehrheit des Kongresses von dem früheren Kongreßbeschlusse zugunsten einer demokratischen Regierung unter sozialistischer Führung abzuweichen zu wollen.

## Aberreichung der Entwaffnungsnote.

### Erklärung des Reichskanzlers an die Ententevertreter.

Amlich wird mitgeteilt: Die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans sowie der belgische Gesandte haben heute mittag dem Reichskanzler die Kollektivnote übergeben, in der die alliierten Regierungen der Reichsregierung die Maßnahmen mitteilen, von denen sie die Räumung der nördlichen Rheinlandzone abhängig machen.

Der englische Botschafter erklärte hierbei: „Entsprechend dem am 5. und 26. Januar befolgten Verfahren habe ich die Ehre, Gurer Erzellenz im Namen meiner Kollegen und im eigenen Namen eine gemeinsame Note unserer Regierungen über die Voraussetzungen der Räumung der Kölner Zone auszuhändigen.“

Der Reichskanzler nahm die Note mit folgender Antwort entgegen: „Seit der Uebergabe der alliierten Noten am 5. und 26. Januar, auf die Gurer Erzellenz soeben Bezug genommen haben, hat die Reichsregierung sowohl bei der Beantwortung jener Noten als auch bei anderer Gelegenheit wiederholt Anlaß genommen, ihren Standpunkt in der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone darzulegen. Ich nehme auf diese Erklärungen Bezug. Die mir übergebene Note wird von der Reichsregierung unverzüglich geprüft werden. Die Reichsregierung wird sodann Entscheidung über ihre weiteren Maßnahmen treffen.“

Der Vorgang hatte nur wenige Minuten in Anspruch genommen, worauf die Diplomaten die Reichskanzlei wieder verlassen haben.

Die Note und ihre Anlagen werden am Samstag morgen veröffentlicht werden.

## Das Stillgeld muß bleiben!

### Zur geplanten Neuregelung der Wochenhilfe.

Von Dr. med. Alfred Korach.

Am Montag, dem 8. Juni, findet in der neuen Aula der Universität eine Kundgebung gegen den vorliegenden Gesehentwurf über die Wochenhilfe statt, durch den das Stillgeld in seiner bisherigen Form beseitigt werden soll. Die Einladung zu der Veranstaltung ist unterzeichnet vom Deutschen Städtebund, dem Kreisvereinsbund, dem Verband der Ärzte Deutschlands, ferner vom Kreislichen Kommunalbeamtenverein, vom Verein für öffentliche Gesundheitspflege, von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, dem Roten Kreuz, der Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz, dem Bund deutscher Krankenschwestern, der Kommunalen Vereinigung für Gesundheitsfürsorge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sowie der Vereinigung deutscher Kommunal-, Schul- und Fürsorgeärzte. Fast alle sachverständigen Vereinigungen protestieren also gegen den Gesehentwurf, in dem man direkt eine Gefahr für die Säuglingsfürsorge erblickt. Genosse Dr. Korach begründet im folgenden die Bedenken, die gegen den Entwurf zu erheben sind.

Im Reichsarbeitsblatt ist unlängst der Entwurf eines Gesetzes über Wochenhilfe veröffentlicht worden, der zurzeit dem Reichsrat zur Beratung vorliegt.

Nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen wird während zweier Wochen vor der Geburt und sechs Wochen nachher ein Wochengeld gewährt, ferner ein einmaliger Entbindungskostenzuschuß in Höhe von 25 M. und Stillgeld auf 12 Wochen. Nach dem neuen Entwurf sollen weibliche Versicherte ärztliche Behandlung als Wochenhilfe erhalten, falls solche bei der Entbindung erforderlich wird; im Falle der Entbindung einen einmaligen Betrag in Höhe von 80 M.; schließlich ein Wochengeld in Höhe von drei Viertel des Krankengeldes für vier Wochen und 6 Wochen unmittelbar nach der Niederkunft. Ein Krankengeld soll neben dem Wochengeld für die Zeit der Entbindung nicht gewährt werden. Der Entwurf enthält dann noch einige „Kann“-Bestimmungen. Die Krankentafelentlastung soll die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf 13 Wochen erweitern und auch das Wochengeld bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen können. Die Krankentafelentlastung soll die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf 13 Wochen erweitern und auch das Wochengeld bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen können. Die Krankentafelentlastung soll die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf 13 Wochen erweitern und auch das Wochengeld bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen können. Die Krankentafelentlastung soll die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf 13 Wochen erweitern und auch das Wochengeld bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen können. Die Krankentafelentlastung soll die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf 13 Wochen erweitern und auch das Wochengeld bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen können.

Alle diese Bestimmungen hören sich schön und wohlklingend an. Das Wichtigste an dem Gesehentwurf ist aber das, was in ihm nicht enthalten ist. Das Reichsarbeitsministerium glaubt gut zutun, im Handumdrehen das Stillgeld zu beseitigen. Warum? Die Begründung, die dem Gesehentwurf beigegeben ist, gibt darüber Auskunft. Man sagt da, für das Versicherungswagnis sei der Unterschied im Geschlecht und Familienstand ebenso bedeutungsvoll wie auch der Unterschied in der Fruchtbarkeit der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Die Belastungen der Kassen wichen bezüglich der Leistungen der Wochenhilfe erheblich voneinander ab, deshalb sei ein Kostenausgleich dringend notwendig, bei der gegenwärtigen Gliederung in den Leistungen der Wochenhilfe ist ein einfaches Kostenausgleichsverfahren aber nicht durchführbar. Man spricht in der Begründung von „unfruchtbarer Verwaltungsarbeit“, also hinweg mit dem Stillgeld. Zwar bildet es nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums „wirtschaftlich einen Beitrag zu den Kosten für die zweckentsprechende Ernährung der Wöchnerin“, aber die „Form der Leistungsgewährung des Stillgeldes ist mit versicherungsrechtlichen Grundföhen schwer vereinbar“.

Um nun aber offenbar gleich ein Großreinemachen zu veranstalten, „sieht der Entwurf auch davon ab, die Gewährung des Stillgeldes weiter an die Voraussetzung des Selbststillens zu knüpfen“. In der Begründung steht zu lesen, daß das Stillgeld seinem Zwecke nach eine Prämie für selbststillende Wöchnerinnen darstellt. Dieser Meinung waren auch bisher alle diejenigen, die sich mit Wöchnerinnenfürsorge beschäftigten und auf diesem Gebiete in mühsamer Arbeit Erfolge erzielt haben. Das Stillgeld von heute soll nun plötzlich mit versicherungsrechtlichen Grundföhen schwer vereinbar sein. Uns deutet, daß die im Gesehentwurf und in seiner Begründung erfolgte Stellungnahme mit etwas anderem schwer vereinbar ist, nämlich mit den Grundföhen einer eriprichtlichen Gesundheitspolitik.

Die Erfahrung lehrt, daß die meisten Frauen nur so lange ihre Kinder stillen, als sie das Stillgeld erhalten. Im Regelfalle jezt 3 Monate. In einigen Bezirken gibt man aber aus Spendenmitteln noch während des vierten Monats Stillgeld. Dort behalten die Frauen vier Monate lang das Kind an der Brust. Zahlreiche erfahrene Säuglingsfürsorgeärzte haben schon seit langer Zeit gefordert, eine gesetzliche Bestimmung einzuführen, nach der das Stillgeld — im Interesse der Kinder — auf vier Monate gewährt wird. Und nun kommt das Reichsarbeitsministerium mit seinen wirklich durch nichts bewiesenen „versicherungsrechtlichen Grundföhen“ und will das Stillgeld abschaffen. Denn darum handelt es sich. Die einmalige Gewährung von 80 M. an jede Frau, die niederkommt, ist kein „Stillgeld in gleicher Höhe“, wie es in der Begründung des Entwurfes heißt. Kein 80 M. kann jeder Familie gut gebrauchen. Mit diesen 80 M. wird man irgendeine Anschaffung machen oder eine alte Schuld abtragen. Man wird einen Anzug oder Wäsche kaufen. Eine Handlung, gewiß ganz und gar zu gönnen einer jeden Familie. Das Stillen





